

Beitrag zum Workshop "Keynesianische Ökonomie als alternative Ökonomie?" der Rosa Luxemburg-Stiftung (Berlin, 24.-26.2.2006)

Günter Krause: Keynesianische Ökonomie für eine „andere Wirtschaft“ – Zum pro und contra

1. Die Frage nach einer „anderen Wirtschaft“ und ihre strategische Dimension

Emanzipatorische Kräfte und Bewegungen einschließlich der politischen Linken sind weltweit aufgebrochen – aufgebrochen *gegen* das globale Herrschaftsprojekt des Neoliberalismus, *für* einen grundlegenden Richtungswechsel in der Politik, *für* die Verständigung über realistische Alternativen.

Zugespitzter begrifflicher Ausdruck dieses gesellschaftlichen Aufbruchs ist ihr inzwischen allseits bekannte Leitmotiv „Eine andere Welt ist möglich!“ Unmittelbar damit verbunden und darin integriert ist die programmatische Aussage: „Eine andere Wirtschaft ist möglich!“

Fraglos stehen somit linke ÖkonomInnen vor der immensen Herausforderung, das Projekt einer „anderen Wirtschaft“ mit Inhalt auszustatten. Damit stellt sich natürlich eine Reihe von Fragen, so etwa:

- Gibt es für ein solches Projekt überhaupt reale Grundlagen? Ist es vielleicht eher eine attraktive Illusion?
- Worin besteht der neue Inhalt eines solchen Unternehmens heute? Welchen Differenz existiert gegenüber allen bisherigen Anstrengungen, wirtschaftliche Alternativen theoretisch-konzeptionell zu entwickeln sowie politisch-gestalterisch umzusetzen?
- Welche Kräfte und Akteure sind für die Optionen dieses Projekts „zu erreichen und davon zu überzeugen, dass ein anderes Leben und eine andere Welt möglich sind“ (Brand 2005, 7)? Auf welcher Ebene und Zeitschiene, an welchen Orten können sie jeweils wirkungsvoll handeln?
- Wie lassen sich angesichts der Tatsache, dass es *den* Masterplan für den Umbau von Wirtschaft nicht gibt bzw. geben kann, die unterschiedlichen Lebens-, Produktions-, Verteilungs-, Konsumtions-, Gerechtigkeits- und Partizipationsformen zusammenbringen?

- Schließlich: welche strategische Dimension weist die Frage von der Möglichkeit einer „anderen Wirtschaft“ überhaupt auf?

Viele Fragen, doch halten wir es da mit den Zapatisten: „Preguntando caminamos“ – „fragend schreiten wir voran“...

Soziale Bewegungen und Linke stehen also am Beginn einer neuen strategischen Diskussion über Alternativen (Altvater 2005; Brie 2006; Brand 2005, Krause 2005). Dabei dürfte zwei Dinge unstrittig sein: *zum einen* werden jedwede Alternativen nicht schlechthin in den Köpfen mehr oder minder kluger ÖkonomInnen und/oder PolitikerInnen erfunden. Sie entstehen vielmehr „in und aus der politischen, sozialen, ökonomischen Praxis der Menschen in sozialen Bewegungen“ (Altvater 2005, 178). Und *zum anderen*: wenn der Anspruch „Eine andere Wirtschaft ist möglich!“ realisiert werden soll, bedarf es zweifellos *neuer* Sichtweisen und Begrifflichkeiten in Sachen Wirtschaft, Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik.

Nun zur strategischen Dimension der Frage nach einer „anderen Wirtschaft“. Hier sind mir folgende fünf Aspekte wichtig.

Erstens: Mit diesem Projektansatz kommt die Frage nach den Möglichkeiten, der politischen Durchsetzbarkeit wirtschaftlichen Alternativen bzw. nach einem neuen Typ des Wirtschaftens *erstmal*s nach der *Etablierung einer neuen Produktions- und Regulierungsweise* des Kapitalismus¹ sowie vor allem in neuer, *globaler* Dimension auf die ökonomische Agenda emanzipatorischer Kräfte.

Zugleich wird damit deutlich, dass Strukturen und Institutionen, Entwicklungstendenzen und Politikmuster in der Wirtschaft des heutigen Kapitalismus – entgegen von Francis Fukuyama (1990) – eben nicht das „Ende der Geschichte“, als „alternativlose Quasi-Naturverhältnisse“ (Deppe 2006, 20) zu begreifen sind.

Zweitens: Dieser Ansatz beinhaltet programmatische Gegenpositionen zur Kommodifizierung aller Lebensbereiche, zur Verwandlung der Welt in eine pure Waren- und Marktgesellschaft.

Drittens: Dieser Ansatz erzwingt unter linken ÖkonomInnen – natürlich auch unter PolitikerInnen wie überhaupt unter alle beteiligten Akteure – einen unabdingbaren *Diskussionsprozess über das die Wirtschaft insgesamt prägende gesellschaftliche Leitbild*. Ohne belastbare Antworten auf die Frage nach Typ und Wesen, nach Werten und

¹ Auf die von den verschiedenen Theorieansätze entwickelten Argumentationen und Begrifflichkeiten zur Charakteristik dieser Entwicklung und Prozesse wird an dieser Stelle bewusst nicht eingegangen. Vgl. zum Überblick jüngst u.a. Bischoff 2005; Brie 2006; Deppe 2006; Panitch/Gindin 2006.

bestimmenden Kriterien von künftigen Gesellschaften sowie ohne Berücksichtigung der verschiedenen einflussreichen Kontexte (Büscher 2004) wird es schwer, in praxi ein „anderes Wirtschaften“ zu verwirklichen.

Wenn die im emanzipatorischen Spektrum präsenten Leitgedanken „Die Welt ist keine Ware!“ bzw. „Leben ist mehr als Kapital!“ schlüssig sind – woran es für mich keinen Zweifel gibt – bedeutet das unter strategischem Blickwinkel eben auch, dass Fragen von Arbeit und Wohlstand, Reichtum und Armut, Nachhaltigkeit und Wachstum, Bedürfnissen und Verteilung, Geld und Finanzen, Sparen und Investieren, Sozialstaat und Haushalt, Gerechtigkeit und Partizipation nur im Kontext eines grundlegenden Diskurses über angestrebte Lebens- und Gesellschaftsformen schlüssig behandelt werden können.

Viertens: Dieser Ansatz rückt mit Nachdruck aus veränderter Perspektive – Stichwort: Verflechtung von globaler, regionaler, nationaler und lokaler Ökonomie – die Existenz *unterschiedlicher bzw. alternativer Entwicklungspfade* der Wirtschaft in den Fokus strategischen Denkens.

Dass alternative Entwicklungspfade nicht nur theoretisch möglich, sondern auch real sind, wird empirisch etwa durch die Existenz des anglo-amerikanischen Shareholder-Kapitalismus wie des skandinavischen Welfare State-Kapitalismus belegt (vgl. hierzu u.a. Rothschild 2005; Heintze 2005). Und der internationale Diskurs um „Varieties of Capitalism“, um verschiedene „Modelle“ bzw. „Typen“ von Kapitalismus reflektiert diesen Tatbestand auch anschaulich (u.a. Esping-Andersen 1998; Hall/Gingerich 2004; Hall/Soskice 2001; Streeck/Thelen 2005).

Fünftens: Von diesem Ansatz wird kategorisch ein mehrdimensional angelegter und umfassend vernetzter *Diskurs über konzeptionelle Gegenmacht* in Wirtschaftstheorie und – politik stimuliert. Es bedarf gerade der Verständigung über jene zentralen Problemlagen und Kategorien, die im Ringen um eine menschenwürdigere, gerechtere, nachhaltigere und solidarischere Ökonomie inhaltlich zu besetzen sind. Dabei gilt: jedes Nachdenken über eine alternative Zukunft „beinhaltet viele Möglichkeiten und ist stets ein *Konzept im Aufbau*“ (Mander/Cavanough 2003, 9, Hervorhebung-G.K.).

Insofern sind auch die ÖkonomInnen des emanzipatorischen Spektrums explizit aufgefordert, engagiert die Ausarbeitung eines neuen ökonomischen Paradigmas in Angriff zu nehmen (Fisher/Ponniah 2003, 96).

Genau in diesen Kontext gehört schließlich die Auswahl und Befragung jener theoretisch-konzeptionellen Grundlagen, die möglicherweise längerfristig einen realitätstauglichen Zugang zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen in Wirtschaft und Wirtschaftspolitik bieten – womit ich dann auch bei der keynesianischen Ökonomie angelangt wäre.

2. *„Heimliche Wiederkehr des Keynesianismus“? Über Hintergründe eines Phänomens*

Zunächst ein Wort zur Begriffsklärung: wenn hier vom *Keynesianismus* die Rede ist, meine ich en bloc das wirtschaftstheoretische und –politische Programm, das auf dem ökonomischen Werk von J.M. Keynes beruht, aus der Perspektive der Makroökonomie eine monetäre Theorie der Produktion anbietet, über Jahrzehnte ausgebaut wurde und heute in verschiedenen Ansätzen² präsent ist.

In der Grundcharakteristik des Keynesianismus folge ich weitgehend John Eatwell: „The distinctive characteristics of Keynesianism are, in analysis a tendency to downplay the role of price effects in the determination of overall output and employment, giving priority to income effects, and in the formation of policy a tendency to emphasize the interventionist role of state, most particularly in the determination of satisfactory levels of aggregate demand and, more generally, in taking responsibility for the management of economic growth” (1987, 46)

Das Phänomen ist unstrittig: Jenseits ihres stets vorhandenen Anhängerschaft unter den ÖkonomInnen erfreut sich die keynesianische Ökonomie in jüngerer Zeit wieder einer doch – zumindest auf den ersten Blick – erstaunlich gewachsenen Aufmerksamkeit.

Nach einem lang „anhaltenden Vertreibungskrieg“ (Mattfeldt 2000, 266) aus politischen wie akademischen Diskursen erweist sie sich als herausforderndes Thema. Insofern wird nicht zufällig eine „heimliche Wiederkehr des Keynesianismus“ ausgemacht (Deutschmann 2005) und die Frage nach „Back to Keynes?“ (van der Ploeg 2005) aufgeworfen.

² Auf die spezifischen Interpretationen von Keynes, daraus entstehende „Schulen“, „Approaches“, „Post“- „Neu“- oder „Synthese“-Ansätze kann in diesem Beitrag allerdings nicht eingegangen werden (vgl. hierzu u.a. Coddington 1983; Davidson 1984; Eichner 1982; Harcourt 1987; Hein/Heise/Truger 2003; Hickel 2003; Herr 2001; Nell 2003; Ökonomie und Gesellschaft 1988; Postkeynesianismus 1987).

Ebenfalls ist unter emanzipativen Kräften, in verschiedenen sozialen Bewegungen und Gruppierungen der Gewerkschaften, unter linksorientierten ÖkonomInnen sowie jetzt auch in der neuen politischen Linken der Bundesrepublik eine intensivere Beschäftigung mit Keynesianismus zu registrieren.

Erstens gibt es Argumentationen zum Stellenwert keynesianischen Gedankengutes im Spektrum alternativer Wirtschaftstheorie (u.a. Schui/Paetow 2003; Hickel 2003a) wie innerhalb linker und alternativer Wirtschaftspolitik (u.a. Hickel 2003b; Schmidt 2003; Steinitz 2005).

Zweitens finden sich Überlegungen und Kontroversen zu Programmatik, Stellenwert und Zukunft von „globalem“ wie „Euro-Keynesianismus“, von „qualitativem“ wie „wachstumsorientierten“ Keynesianismus (u.a. Blecker 2003; Brand 2005; Davidson/Kregel 1997; Dräger 2003; Elsenhans 2000 u. 1997; George 2001; Huffschnid 2003; Sauer 2004; Stratmann-Mertens 2004; Zinn 2003).

Drittens steht zur Debatte, welche Rolle der Keynesianismus generell in der Politik von Sozialisten und Kommunisten sowie als Quelle von sozialistischer Wirtschaftspolitik spielt: nur „eine“ Rolle, eine „herausragende“ oder gar die „bestimmende“ (u.a. Szameitat 2005; Dellheim 2003, 75).

Viertens ist die historische Einordnung und Bewertung des keynesianisch geprägten Wohlfahrtsstaates (u.a. Dieterich 2006a, 17) wie auch die „neue Qualität“, dass „die sozialen Bewegungen in Lateinamerika das Ideal der keynesianischen Entwicklungspolitik übernehmen“ (Dieterich 2006b) ein Thema.

Fünftens, last but not least, gibt es in der bundesdeutschen neuen Linken Reflexionen über den strategischen Umgang mit dem Keynesianismus wie darüber, welche Kräfte hier „den Keynesianismus für überholt erklären“ und welche nicht sowie über daraus erwachsende Konsequenzen (u.a. Schui 2005).

Die spannende, klärungsbedürftige Frage ist nun: *wie ist das konstatierte Phänomen zu deuten? Welche Hintergründe gibt es für diese – realiter keineswegs „heimliche“ – Wiederkehr des Keynesianismus?*

Zunächst der Hinweis auf einen vor allem unter tradierten Keynes-Anhängern verbreiteten, schon öfter bemühten, aber *allgemeinen* Deutungsansatz. Ein *immer wieder* aufflammendes Interesse an Keynes & Co. wird hier besonders personenbezogen begründet – derart, dass noch kein genügender historischer Abstand zu seinem Wirken als Ökonom existiere. Obwohl Jahrzehnte tot, sei Keynes aber – so etwa Harald Scherf – „immer noch eine Figur der Zeitgeschichte, an der sich die Geister zu scheiden“ würden (1989, 273).

Doch wesentlich treffender scheint mir eine Erklärung, die den Streit um Keynes in den Kontext seines Bruches mit den Traditionen der klassisch-neoklassischen Ökonomie, der Kritik ihrer Theoreme und wirtschaftspolitischen Ableitungen stellt. Hier lautet das Stichwort: „Das Ende des Laissez-Faire“.

Sein diesbezüglicher, gleichnamiger Essay (1926/2003) ist „gerade heute lesenswert“, wenn „man wissen möchte, warum denn eigentlich Keynes mit so viel Leidenschaft abgelehnt wird“ (Schui 2003, 8).

Kommen wir zu den m.E. wesentlichen Hintergründen.

Erstens: Obwohl sich das weltweite neoliberale Projekt nach wie vor in einer hegemonialen Position befindet, werden erste „Risse im Gebälk“ transparent (Brand 2005, 7). Seine Deutungshoheit der Wirklichkeit gilt als „angekratzt“ (Rätz 2005, 29) und die Hegemonie wird als „brüchig“ charakterisiert (Bischoff 2005, 30).

Globaler „Raubtierkapitalismus“ und „Heuschrecken“, systematische Zersetzung des europäischen Sozialmodells und brutale Durchsetzung der Shareholder Value-Logik haben politische Gruppen und soziale Bewegungen mobilisiert. Auf dem Hintergrund breiter und vielfältiger europa- wie weltweiter Widerstands- und Protestaktionen gegen Enteignungs- und Verarmungsprozesse sowie im Kontext von Krisen und Veränderungen im Kräfteverhältnis in den Gesellschaften des Südens zeichnen sich Legitimationsdefizite ab.

Die oben bereits erwähnten Fragen nach einer „anderen Welt“, einem „anderen Europa“, einer „anderen Wirtschaft“, einem „anderen Leben“, nach den Inhalten einer emanzipativen politischen Ökonomie, ihrer konzeptionellen Verfasstheit haben deutlich zugenommen (u.a. Dräger 2003). So wird im Zuge der Suche nach Alternativen zum neoliberalen Projekt, des Neudenkens von wirtschaftlicher Gestaltung, sozialer Sicherung und staatlicher Steuerung gesellschaftlicher Reproduktion keynesianischer Ökonomie wieder Aufmerksamkeit und Reflexion zuteil.

Zweitens: Die jüngere Wirtschaftsentwicklung der EU insgesamt wie auch ihrer einzelnen Mitgliedsländer hat in aller Schärfe verdeutlicht, dass bei einer zunehmenden nationalen Entgrenzung eine wirkungsvolle makroökonomische Politik, ein stringentes Konzept koordinierter Makropolitik für die Bereiche der Geld-, Fiskal-, Einkommens- und Lohnpolitik erforderlich ist.

Notwendigkeit sowie Debatte solcher Ansätze, unumgängliche Problematisierung der im Rahmen der „Lissabon-Strategie“ präsentierten Offenen Methode der Koordinierung der Politik sowie kritische Reflexionen zum New Consensus Approach to Macroeconomics haben der keynesianischen Ökonomie mit ausgeprägter makroökonomischer Logik, einer Präferenz für Steuerungsinstrumente staatlicher Makropolitik gute Chancen für eine Rückkehr auf das Spielfeld geboten (u.a. Arestis 2005; Arestis/Sawyer 2005; Arestis/Desai/Dow 2002; Bibow 2005, 2002; Hughes Hallet 2001; Heise 2003, 2001; Hein/Truger 2002; IMK 2005; Schelkle 2002).

Drittens: Seit jüngerer Zeit vollziehen sich international innerhalb der Economics interessante Differenzierungsprozesse. In deren Ergebnis sind einerseits Positionsverluste der Neoklassik und andererseits Terraingewinne der heterodoxen Ökonomie, zu der auch der Keynesianismus zählt, auszumachen.

Ausgelöst durch den Diskurs zum „State of Economics“ (u.a. Hodgson 2001a, 2001b; Galbraith 2002; Garnett 2005; Fullbrook 2004, 2003; Lawson 2004; Lewis 2004), geht es im Kern um die Brechung des Monopols der neoklassischen Ökonomie in Lehre, Forschung und Politikberatung, um die Aufhebung ihrer Erklärungsmacht.

Empirische Belege für diese Prozesse sind etwa die weltweite Etablierung der Post-Autistic Economics Movement mit gut entwickelter Infrastruktur, eine stärkere Rezeption und Diskussion von Theorieansätzen der Heterodox Economics, wachsende Aktivitäten von Arbeitsgruppen keynesianischer Ökonomie sowie in der Bundesrepublik etwa die Gründung der Keynes-Gesellschaft (2003) und die Edition der Zeitschrift „Intervention“ (2004).

Viertens: Impulse für die Rückbesinnung auf keynesianische Denkansätze und Politikmuster gehen ebenfalls von einer wachsenden Nutzung des Referenzmodells des skandinavischen Wohlfahrtsstaates aus, das ein Alternativangebot zum Projekt des neoliberalen Rückbau des (Sozial-)Staates bietet – obwohl es gegenüber früherer Zeit auch hier spürbare Einschnitte gibt.

Dieses Modell ist etwa in Fragen staatlicher Produktion und Finanzierung öffentlicher Güter, hoher Staatsquote, entwickelter sozialer Dienstleistungsproduktion seitens staatlicher

Institutionen, starker Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben und monetärer Umverteilung konzeptionell durch eine von keynesianischen Ideen beeinflusste Welfare Economics geprägt (vgl. u.a. Esping-Andersen 1990; Kaufmann 2003; Lessenich/Ostner 1998).

3. *Pro und contra in Sachen keynesianischer Ökonomie für eine „andere Wirtschaft“*

Zweifellos: im nationalen wie internationalen Spektrum emanzipatorischer Kräfte wie der hier engagierten Wirtschafts-, Politik- und SozialwissenschaftlerInnen ist sie der berühmten „Gretchen-Frage“ ähnlich: *wie hältst Du`s mit Keynes?*

Kern dieser Frage bzw. um beim „Faust“ als literarischer Vorlage zu bleiben – des „Pudels Kern“ – ist das Problem, ob die keynesianische Ökonomie heute und zukünftig für soziale Bewegungen wie für die politische Linke einen *realen Gebrauchswert* besitzt.

Können also ihre Erklärungsansätze, ihre wirtschaftspolitischen Handlungsmuster und Instrumentarien zur weiteren Profilierung alternativer Ökonomie wie vor allem zur Generierung einer „anderen Wirtschaft“ beitragen?

Die Antworten hierauf sind kontrovers, pro und contra prägen die Debatte. Recht verknappt lassen sich die beiden Positionen wie folgt beschreiben. Für die „Pro-Fraktion“ ist zwingend evident, dass der Keynesianismus „auch im Zeitalter der Globalisierung nicht an Bedeutung verloren“ hat, sich durch „das Zusammenwachsen Europas...die Wirksamkeit eines Eurokeynesianismus (verbessert)“ und er „als Paradigma für Arbeit, Umwelt und soziale Gerechtigkeit eine Zukunft haben“ besitzt (Hickel 2003, 55) – und daher natürlich auch für den Weg zu einer „anderen Wirtschaft“ unbedingt zu empfehlen ist.

Die „Contra-Fraktion“ betont, dass Argumentationslogik wie wirtschaftspolitische Handlungsmuster des Keynesianismus zu stark auf die Verteilungsperspektive von Reichtum setzen. Doch die sozialen und ökologischen Bedingungen seiner Produktion, die dominanten Produktions- und Konsumtionsmuster, Produktivismus und Wachstumsorientierung stehen viel zu wenig im Fokus (u.a. Stratmann-Mertens 2003; Sauer 2003; Brand 2003). In den Fragen globaler Ökonomie wird im Grunde ein „Back to the Bretton Woods-System“ verfolgt (Bello 2002, 95 ff.; vgl. auch Brand 2005, 180 ff.; Sauer 2004, 53 ff.). Das heißt, im Hinblick auf die Brauchbarkeit keynesianischer Rezepte für eine „andere Wirtschaft“ ist ein „direktes Fragezeichen“ zu setzen, kurzum: „Wir sollten uns mehr einfallen lassen als ein *Remake* des

nach dem Ende des zweiten Weltkrieges etablierten `goldenen` Zeitalters der Sozialstaatlichkeit...“ (Roth 2005, 17).

Angesichts dieser Konstellation macht es also Sinn näher zu prüfen, wo Argumente für pro und contra liegen, die Potentiale und Ambivalenzen keynesianischer Ökonomie beschaffen sind – für mich ist dies eine notwendige Aufgabe für die nähere Zukunft. Der knappe Raum erlaubt mir nur wenige Aspekte anzusprechen.

Da ist *zuerst* die Frage des Maßstabes, also *welchen Maßstab wollen wir bei der Prüfung anlegen?*

Wenn es nun richtig ist, dass ein menschenwürdiges Leben und Arbeiten nicht ohne ein „anderes Wirtschaften“ möglich ist, rücken diesbezügliche Leitideen und Kernelemente in das Zentrum politischen Interesses und Kampfes.

Worauf sollte das Interesse linker ÖkonomInnen gerichtet sein? M.E. auf Punkte wie etwa „Selbstbestimmtes Leben und Arbeiten in Würde“, „Gewährleistung sozialer Sicherheit“, „Nachhaltigkeit bzw. Nachhaltige Entwicklung im globalen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Sinn“, „mehrdimensionale Gerechtigkeit“, „makroökonomisches Steuerungspotential“, „Bedingungen für Innovation und Effizienz“, „Chancen für eine partizipatorische Ökonomie und eine Demokratisierung der Wirtschaft“, „Zukunftsfähigkeit des Finanzsystems bzw. der öffentlichen Finanzen“, „Entfaltungsmöglichkeiten für neue Produktions-, Konsumtions- und Regulationsmuster jenseits rigider Marktökonomie“ und „Rückeroberung von Räumen gemeinwohlorientiertes Produzieren“.

Der von der RLS herausgegebene Zukunftsbericht formuliert in diesem Zusammenhang bedenkenswerte, normativ gefasste Positionen, liefert erste, diskussionswerte Bausteine für ein politisch tragfähiges, pluralistisch angelegtes, raum- wie zeitübergreifendes und operationalisierbares Leitbild für eine alternative Wirtschaft (Klein 2003).

Als *nächste* Frage folgt, *wie verhält sich hierzu nun die keynesianische Ökonomie?*

Vorweg: von der Fülle des Stoffes lassen sich diverse Gesichtspunkte entwickeln, doch im Rahmen dieses Beitrages ist natürlich Beschränkung angesagt.

Erstens: Mit im Zentrum keynesianischer Ökonomie steht „dealing with employment“ (Nell 2005, 147), also die Frage von Beschäftigung respektive Arbeitslosigkeit. Dabei wird Arbeitslosigkeit als tiefes Grundproblem kapitalistischer Ökonomie charakterisiert, die selbst dann existiert, wenn aus unternehmerischer Sicht vergleichsweise niedrige Arbeitskosten vorliegen.

Zugleich wird die zentrale Frage nach den Faktoren und Voraussetzungen für *ein Mehr* an Beschäftigung gestellt (und beantwortet). Die in diesem Kontext entwickelte Argumentation – die Beschäftigung wird primär bestimmt von der effektiven Gesamtnachfrage und nicht von der Lohnhöhe – ist nicht nur theoretisch stimmig. Vor allem zeigt sie reales Problembewusstsein und präsentiert eindeutige Schlüsse für die Wirtschaftspolitik – und insofern sehe ich hier ein „pro“.

Zweitens: Die keynesianische Ökonomie weist der makroökonomischen Steuerung über den *Zentralstaat* eine Schlüsselfunktion für die Stabilität der wirtschaftlichen Ordnung zu. Da es gesamtwirtschaftlich an kaufkräftiger Nachfrage fehlt, muss er für das Plus in der effektiven Nachfrage sorgen, und zwar entweder dadurch, dass er selbst Güter nachfragt oder andere Wirtschaftssubjekte stimuliert, Güter nachzufragen. Kurz: policy matters...

So funktional richtig es ist, die Potentiale staatlicher Makropolitik volkswirtschaftlich sinn- bzw. wirkungsvoll einzusetzen – Nell schreibt treffend, „that unemployment, the distribution of income and wealth, inflation, new technologies and productivity all depend in large part on government“ (2005, 149) – so steckt hier zugleich ein tiefes Problem, das ein klares „contra“ provoziert.

Worin besteht das Problem? Es liegt in dem der keynesianischen Ökonomie immanenten Verständnis von Wirtschaftspolitik. Ihr Politikmodell ist eindeutig zentralstaatsbezogen, setzt auf eine (Wirtschafts-) Politik „von oben“ und blendet im Prinzip Möglichkeiten und Chancen der (Wirtschafts-) Politik „von unten“ aus.³ Doch emanzipative Veränderungen hin zu einer „anderen Wirtschaft“ sind ohne nachhaltiges Infragestellen des traditionellen Politikmodells und deutlicher Aufwertung basisdemokratischer Selbstorganisationen von Produzenten und Konsumenten wohl nur schwer möglich (vgl. u.a. Max-Neef 2005; Narr/Roth 2006).

In diesem Kontext steht dann ein neuer Diskurs etwa über „Prozesse der gesellschaftlichen Wiederaneignung“ (Roth 2005, 21) sowie über „die Formierung `strategischer Allianzen` (`coalition-building`)“ von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, den verschiedenen

³ Es ist allerdings darauf zu verweisen, dass Keynes selbst über Möglichkeit und Platz der „Entwicklung und Anerkennung halb-autonomer Körperschaften im Rahmen des Staates“ nachdachte, wohl also Ahnungen von der notwendigen Verankerung zivilgesellschaftlicher Strukturen hatte (Keynes 1933, 157).

Kräften und Organisationen der Zivilgesellschaft, von Genossenschaften und Akteuren solidarischer Ökonomie auf der Agenda (Urban 2005, 33).

Drittens: Da die keynesianische Ökonomie ökonomische Verhältnisse unter das Diktum der entwickelten Geldökonomie stellt und das Agieren der einzelnen Wirtschaftssubjekte generell der Marktlogik, der mikroökonomischen Rationalität des Geldvermögensbesitzers folgt, ist sie von ihrem Denkansatz her gegenüber den Herausforderungen einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung, eines nachhaltigen Wirtschaftens nicht gut aufgestellt.

Keine Frage: Keynes ist nicht vorzuhalten, dass zu seiner Zeit das Thema von Umwelt und Ökologie, von ökologisch nachhaltigem Wirtschaften gesellschaftlich noch keinen relevanten Zwang zur Erkenntnis auslöste, es bei ihm deshalb auch keine theoretische Aufnahme fand (wenngleich er in einigen Fragen schon sensibilisiert schien).

Die Mehrzahl der später in seiner Tradition arbeitenden ÖkonomInnen hat dann aber fraglos die Problemlagen wahrgenommen, erinnert sei Joan Robinsons „What are the questions?“ (1977). Die von Keynes` SchülerInnen präsentierten Erklärungs- und Lösungsansätze stellen jedoch primär *entweder* auf die Logik der Theorie der Marktallokation, auf monetäre „Belohnungen“ bzw. „Bestrafungen“, also Kostenreize ab *oder* sie bauen auf zentralstaatliche Steuerungen, die vorhandene „Marktfehler“ bzw. eine ineffiziente Allokation ex post zu korrigieren haben.

Die Tatsache, dass die Entwicklung von Umwelt und Ressourcen anderen als marktsseitigen Reizen folgt, einer Eigengesetzlichkeit und Endlichkeit unterliegt und der monetäre Generalcode für die spezifischen Probleme von Mensch und Umwelt in Gegenwart und Zukunft kein wirksames Resonanzorgan darstellt (u.a. Hobbensiefken 1991, 66 ff.; Maier-Rigaud 1991, 41 ff.), wird von der keynesianischen Ökonomie theoretisch nicht zwingend verarbeitet – in der Frage ihres konzeptionellen Beitrages für eine „andere Wirtschaft“ liegt daher ein „contra“ sehr nahe.

Viertens: Mit der keynesianischen Ökonomie ist die nachdrückliche Demystifizierung der von der Neoklassik viel beschworenen „invisible hand“ des Marktes verbunden, deren Wirken angeblich selbsttätig zum volkswirtschaftlichen Gleichgewicht führe.

Der systematisch hergeleitete und in der Zwischenzeit durch die Wirtschaftsgeschichte mehrfach empirisch belegte Beweis für die *endogene Instabilität der kapitalistischen Ökonomie*, aus der dann entsprechende wirtschaftspolitische Konsequenzen abgeleitet werden, zählt ganz sicher zu den Stärken dieses Theorieprogramms. Insbesondere im

wirtschaftspolitischen Instrumentarium keynesianischer Ökonomie existiert – ungeachtet der bereits diskutierten Perspektivenproblematik (Politik „von oben“ versus Politik „von unten“) – ein wirkungsvolles systemneutrales Kompendium an Makro-Steuerungsvariablen – eine „andere Wirtschaft“ könnte durch diesen Beitrag auf der instrumentellen Ebene der Ökonomie bereichert werden.

Fünftens: Der keynesianischen Ökonomie kommt das Verdienst zu, in der Wirtschaftstheorie wie in der Theorie der Wirtschaftspolitik aus makroökonomischer Optik den Stellenwert von gesamtwirtschaftlicher Güternachfrage und nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik für eine stabile Wirtschaftsentwicklung transparent gemacht zu haben (vgl. u.a. Minsky 1990, 26; Mattfeldt 1985, 55).

Die effektive Gesamtnachfrage, also die gesamtwirtschaftliche Investitions- und Konsumgüternachfrage, bildet den zentralen Erklärungsansatz für die Höhe des güterwirtschaftlichen Angebots und damit gerade auch der Beschäftigung. Aus dieser speziellen Perspektive kommt also der Verteilung und Umverteilung von Einkommen⁴ wie die zentralstaatliche Stimulierung der effektiven Gesamtnachfrage mit allen zur Verfügung stehenden wirtschaftspolitischen Mitteln, mittels diverser möglicher Programme – Stichwort „Programmkeynesianismus“ (Hickel/Mattfeldt 1986) – großes Gewicht zu.

In der keynesianischen „Nachfrangelücke“ sind sowohl konzeptionelle wie politische Anschlusschienen zu Begründung einer reformpolitisch orientierten Wohlfahrtsökonomie gegeben – Mattfeldt verweist daher auch nicht unbegründet auf die „konstitutive(n) Elemente(n) eines reformorientierten Keynesianismus-Begriffs“ (1985, 51). In diesen Kontext gehören dann etwa Aktivitäten zur Erhöhung der Massenkaufkraft, der Lohnquote, des konsumtiven Staatsanteils, der Wohlfahrtsproduktion staatlicher Institutionen sowie zum Ausbau der öffentlichen Gesundheits- und sozialer Daseinsvorsorge. Gerade dieser Ansatz keynesianischer Ökonomie bietet dem Nachdenken über eine „andere Wirtschaft“ in produktiver Weise genügend Stoff, steht daher für „pro“.

Sechstens: Wohl hat Keynes recht seismographisch und vorausschauend über die Notwendigkeit reflektiert, sich „Geschlechterfragen“ zuzuwenden, dabei auch auf ihre Verwobenheit mit „harten“ wirtschaftlichen Themen bzw. mit der Frage der Gerechtigkeit aufmerksam gemacht (1925). In seiner ökonomischen Theorie selbst hat er jedoch ebenso wie seine späteren Nachfolger weder einen Zugang zur feministischen Dimension der Ökonomie

⁴ Zu Recht betont daher Ottmar Schreiner im Kontext aktueller ökonomischer Entwicklungen und Debatten: „Die Kernfrage ist und bleibt die Verteilungsfrage“ (2006, 15).

als Ganzes entwickelt noch im Detail den ernsthaften Versuch unternommen, problemadäquat zentrale Kategorien seiner ökonomischen Lehre um eine feministische Perspektive zu erweitern (hierzu u.a. Biesecker u.a. 2000; Elson 2002; Gottschlich 2004; Wichterich 2004, 2003, 1998).

Zu den Merkmalen einer „anderen Wirtschaft“ gehört ganz sicher auch eine veränderte ökonomische Rolle der Geschlechter, veränderte Perspektiven auf Reproduktion und den Bereich der Versorgungswirtschaft. Wenn aber beispielsweise die Aggregate, Begriffe, Handlungsprinzipien und Messgrößen keynesianischer Ökonomie bislang nicht eine theoretische Reflexion diese Problemlagen bzw. einen derartigen Perspektivenwechsel signalisieren, erweist sich das als ein schwerwiegendes Manko.